

Mittelsächsische LinksWorte

29. NOVEMBER 2023 NR. 187 17. JAHRGANG



Die Linkspartei befindet sich in schwerem Fahrwasser. Vor wenigen Tagen fand in Augsburg ihr Europaparteitag statt, der nach der Abspaltung der Wagenknecht-Gruppe durchaus als Versuch eines Aufbruchs aus der Krise verstanden werden kann. Nach den Worten der Parteivorsitzenden Janine Wissler soll mit einer Mitglieder- und Erneuerungskampagne ein neues Kapitel in der Geschichte der Partei DIE LINKE aufgeschlagen werden. Das macht Hoffnung!

Anfang November versammelten sich die Delegierten der sächsischen LINKEN in Chemnitz zu ihrem Landesparteitag. Unter dem Motto „ostdeutsch - sächsisch - links“ ging es vor allem um die Vorbereitung der Wahlen im kommenden Jahr.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. DOKUMENTIERT:

DER KREISVERBAND DER LINKEN BEREITET SICH AUF DIE KOMMUNALWAHLEN 2024 VOR

2. BERICHTET:

AKTUELLES AUS DER LINKSFRAKTION IM MITTELSÄCHSISCHEN KREISTAG

3. INFORMIERT:

DIE „UMVERTEILUNGSKAMPAGNE 2023“ DER LINKEN

- 2 editorial & kommentar
- 3 presseschau & informiert
- 4 **titelthema 1: vorbereitung der kommunalwahlen im juni 2024**
- 5 vom bundes- und landesparteitag
- 6 **titelthema 2: aus der kreistagsfraktion**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7- „linksworte“ vom november und december 2009**
- 8 **titelthema 3: die kampagne „umsteuern“ der linken**
- 9 aktuelles vom team tändler-walenta
- 10 **unsere serie zur politischen bildung: beitrag -89-: der begriff „zeitenwende“ und seine deutungen**
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & trauer

Spendenempfehlung: 9,00 Euro als Jahresbeitrag für das Jahr 2023.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für Linksworte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „Linksworte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Rebecca Lange, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „Linksworte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „Linksworte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das ist die vorerst letzte Ausgabe der „Linksworte“. Ab Januar 2024 wird monatlich - allerdings nur digital - ein vierseitiger Newsletter mit aktuellen Informationen aus dem Kreisverband und der Kreistagsfraktion erscheinen. Aus Anlass der Kommunalwahlen am 9. Juni und der Landtagswahlen am 1. September des nächsten Jahres wird es zwei Printausgaben der „Linksworte“ im bekannten Design und natürlich auch digital geben. Wesentliche Ursache für diese Entscheidung des Kreisvorstands ist die Geldfrage, vor allem die Einsparung von Druckkosten. Aber auch ein relativ geringes Interesse, welches in vielen Ortsverbänden unserer Kreiszeitung entgegengebracht wird, zumal die Zeitung noch vor der Verteilung der Druckausgabe über einen Aktiv-Verteiler und auf der Webseite des Kreisverbands digital zur Verfügung steht.

In den vergangenen Wochen fand DIE LINKE vor allem wegen der geräuschvoll vollzogenen Abspaltung des Wagenknecht-Lagers viel Medieninteresse. Vor allem war man gespannt, wie der Landesparteitag der sächsischen LINKEN in Chemnitz und der Bundesparteitag der LINKEN in Augsburg darauf reagieren würden. Wir gehen im nebenstehenden Kommentar und in unserem Blick auf das „neue deutschland“ vom 20. November darauf ein. Außerdem berichten wir ausführlich in Wort und Bild vom Landesparteitag. Den Tenor nach dem Bundesparteitag könnte man mit den Worten: „Absturz verhindert, vieles in Zukunft besser machen“ zusammenfassen.

Im Kreisverband konnte mit der Beratung mit den Ortsvorsitzenden am 14. November und des Kreisvorstands am 15. November zwar ein Resümee der Atmosphäre des Landesparteitags gezogen werden, mit Sorge wurde aber auf den - damals noch bevorstehenden - Bundesparteitag geblickt. Sorgen, die sich aus heutiger Sicht aber glücklicherweise nicht bestätigten. Zu den Schwerpunkten der Vorbereitung der Kommunalwahlen äußern wir uns im heutigen Titelthema -1-. Im kreislichen Wahlstab gab es dazu eine erste gründliche Debatte zum ersten Entwurf des Kreiswahlprogramms zu den Kommunalwahlen am 9. Juni des kommenden Jahres.

Die Informationen aus der Kreistagsfraktion im Titelthema -2- sind bestimmt von der Tatsache, dass diese Ausgabe der „Linksworte“ die vorerst letzte bekannte Format ist. Im digitalen Newsletter wird es ab Januar auch Informationen aus der Fraktion geben. In Vorbereitung der Kommunalwahlen am 9. Juni erscheint eine Sonderausgabe der „Linksworte“ Im heutigen Titelthema -3- widmen wir uns der Kampagne „Umsteuern“ und der vielfältigen Aktionen, die es dazu im Kreisverband gab.

Mit dem Schlussstrich unter die „Linksworte“ in bekannter Form ziehen wir auch einen Schlussstrich unter unsere Serie „Was vor 14 Jahren geschah“. Aktuelle Informationen gibt es auch in dieser Ausgabe wieder zur Arbeit des Teams um unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta.

Achim Grunke schließt unsere Serie zur politischen Information mit einem Beitrag zur „Zeitenwende“ und ihrer Deutungen ab.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

DIE LINKE will es noch einmal wissen

von HANS WEISKE

Mit vielem medialen Getöse spaltete sich die Gruppe um Sahra Wagenknecht am 23. Oktober endgültig von der LINKEN ab. Inzwischen hat die Linksfraktion im Bundestag ihre Auflösung zum 6. Dezember beschlossen. Damit ist vollzogen, was nicht mehr aufzuhalten war. Es stellt sich allerdings die Frage: Wie geht es weiter?

An dieser Stelle aus meiner Sicht ein kleiner Rückblick. Im Juni schrieb ich an dieser Stelle sinngemäß, dass ich zugeben muss, dass sich bei mir eine „schleichende“ Abkehr von den Auffassungen Sahra Wagenknechts vollzog. Jahrelang war ich von ihrer Persönlichkeit und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit ziemlich beeindruckt. Ihr Buch „Die Selbstgerechten - Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ verstand ich vor allem als eine Auseinandersetzung mit dem Linksliberalismus im weiteren Sinne und nicht als ein auf Spaltung der Linken ausgerichtetes „Gegenprogramm“, wie es teilweise interpretiert wurde. Ihr Auftreten im Bundestag nach dem von Russland vom Zaume gebrochenen Überfall auf die Ukraine fand ich überspitzt, wenn auch nicht parteischädigend. Das alles konnte meines Erachtens noch unter der Überschrift „plurale sozialistische Partei“ abgehakt werden! Doch seit Sahra Wagenknecht ihre öffentlichen Schmähungen gegen unsere Partei verstärkt, den Verzicht auf die Nominierung für ein Mandat zur nächsten Bundestagswahl erklärt und sich für die Gründung einer neuen, konkurrierenden Partei entschieden hat, hat sich meine Auffassung nach alles verändert. So gesehen, fand ich den Beschluss des Parteivorstands vom 10. Juni mit der Formulierung „die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht“ richtig, wenn auch einige Wochen zu spät. Am gleichen Tag wurde vom Vorstand ein Strategiepapier „Unser Plan 2025: Comeback einer starken Linken“ mit dem ersten Etappenziel „Europaparteitag im Herbst 2023“ beschlossen.

Nach dem mit Spannung erwarteten Europaparteitag interessiert mich vor allem für die Bewertung des aktuellen Zustands der LINKEN in den Medien. Dem „neuen deutschland“ war die Auswertung des Parteitags fast drei Seiten wert. Auch auf das Strategiepapier vom Juni wurde eingegangen. In leichter Abwandlung und Ergänzung zum nebenstehenden Standpunkt des „nd“-Redakteurs Wolfgang Hübner bin ich der Meinung, dass das erste Etappenziel auf dem Weg zu den Bundestagswahlen 2025 erreicht wurde. Nachdem in den vergangenen Monaten ein A wie „Absturz der LINKEN“ das Medienecho bestimmte, hat unsere Partei auf ihrem Parteitag dreimal A, wie Augsburg, Aufatmen und Aufbruch gesagt. Aber, die Redewendung verheißt: „wer A sagt, muss auch B sagen“. Und so muss man jetzt - so Wolfgang Hübner - unbedingt dreimal B sagen: B wie Bessermachen, Beginnen und Beweisen, dass DIE LINKE verstanden hat. Die „Freie Presse“ traut uns diese dreimal B durchaus zu. In ihrem redaktionellen Artikel vom 20. Juni gibt es nämlich ein eindeutiges „Ja“ auf die Frage, ob der Dauerstreit bei der Linken nun vorbei und mit der neuen Geschlossenheit eine notwendige Bedingung für bessere Zeiten für die Linke geschaffen sei.

Nach dem Erreichen der nächsten beiden Etappenziele des Strategiepapiers vom Juni „Jahresauftakt 2024 mit Aktivenkonferenz und Wahlkampfauftakt“ und „Europa- und Kommunalwahlen 2024“ sind wir klüger!

im „neuen deutschland“ gelesen

Wolfgang Hübner äußert im „nd“ vom 20. November seinen Standpunkt über den Europaparteitag und den dort verkündeten „Schlusstrich und Aufbruch“.

STANDPUNKT

A wie Aufatmen, B wie Beginnen

Die Linkspartei war beim Parteitag in Augsburg die Erleichterung deutlich anzumerken. Die langjährigen Streitfronten sind geklärt. Es war wie ein kollektives Aufatmen nach dem Ende der langen Geschichte des Leidens an und mit Sahra Wagenknecht. Zuweilen schien es, als reibe sich die Partei die Augen und frage sich verwundert, warum sie den Konflikt so lange hatte schwelen lassen. Warum sie zugelassen hat, dass Wagenknecht und Co. aus der Linken heraus an ihrem Konkurrenzprojekt arbeiten.

Wenn es stimmt, dass eine Wagenknecht-Partei der Linken nicht allzu viele Stimmen abjagen könnte, dann ist das zwar ein Zeichen gewisser Stabilität - aber auf bescheidenem Niveau. Und es ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Frage bleibt: Wieso haben sich so viele Wähler von der Linkspartei abgewandt? Was hat sie nicht mehr zu bieten und nicht mehr geleistet, was die Wähler von ihr erwarten und bei ihr einmal gefunden haben? Wagenknecht hat sich in wichtigen Fragen von der Linken und von linken Positionen entfernt - ihre Analyse linker Defizite triggern Die Linke dennoch. Die Partei sei super, die Wähler begreifen es nur nicht - diese Pose war beim Parteitag in Augsburg nicht zu beobachten. Die Linke ist gewillt, an sich selbst zu arbeiten, und mit dem Weggang der Wagenknecht-Gruppe sind erstaunlich viele Leute, die bisher Distanz hielten, bereit mitzumischen. An einem Projekt, das - wenn es gut läuft - einmal als Aufbruch aus Zerstrittenheit und Lethargie gelten könne.

Insofern hat Die Linke an diesem Wochenende dreimal A gesagt. A wie Augsburg. A wie Aufatmen. A wie Aufbruch. Doch wer A sagt, muss bekanntlich auch B sagen: B wie Bessermachen. B wie Beginnen. B wie Beweisen, dass Die Linke verstanden hat. Ohne diesen zweiten Schritt wäre Augsburg nur ein leeres Versprechen.

Schlusstrich und Aufbruch

Mit einer Mitglieder - und Erneuerungskampagne will Die Linke wieder in die Erfolgsspur kommen

Grundzüge eines möglichen Aufbruchs hatte der Linke-Vorstand schon im Sommer vorgelegt. Im „Plan 2025“ ist ein Konzept umrissen, dessen Ziel es ist, Die Linke bei der nächsten Bundestagswahl wieder über die Fünf-Prozent-Hürde zu hieven. Vorgelegt wurde es im Juni dieses Jahres, unmittelbar nachdem feststand, dass sich die Wege der Linken und die von Wagenknecht und ihren Anhängern trennen würden. In diesem Fahrplan ist das Ziel fixiert, bis 2025 mindestens 10.000 neue Mitglieder zu gewinnen. Dazu soll die neue Kampagne beitragen. 2010, auf dem Höhepunkt ihrer Wahlerfolge, hatte Die Linke etwa 73.000 Mitglieder. Ende des letzten Jahres waren es noch 54.000. Immerhin sind in den letzten Wochen mehr als 700 Menschen in die Partei eingetreten, was die Austritte deutlich überwiegt.

friedensdemo am brandenburger tor



DIE LINKE ruft zu der von einem breiten Bündnis getragenen Friedensdemo am 25. November auf. Sie steht unter dem Motto: „**Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten**“ und wurde von der „Ukraine Initiative – die Waffen nieder“ initiiert.



**Das läuft falsch
Das Geschäft mit dem Krieg**

Nur drei Länder weltweit exportieren mehr Waffen als Deutschland. Selbst in kriegführende Staaten wurden Waffen aus Deutschland geliefert. Dabei sind Klein- und Leichtwaffen für die meisten Todesopfer verantwortlich. Die Bundesregierung steuert weiter auf das Ziel der NATO zu, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben.

Wir rufen dazu auf, im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militär-Ausgaben um 10 Prozent zu senken.

Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik, die Ausgaben für Rüstung müssen sinken.

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die Bundesregierung hat ihn nicht unterzeichnet. Die Bundesregierung plant die Anschaffung von 138 (!) neuen Kampfflugzeugen als Trägersystemen. DIE LINKE streitet dafür, dass keine Atomwaffen in Deutschland stationiert sind. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden!

lissi - die linke hat ein neues design-system

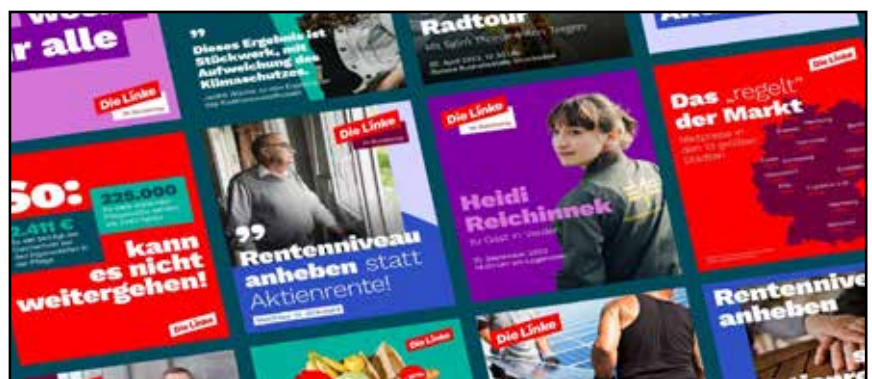
das Designsystem für Die Linke

LISSI

Auf einem Markenportal auf der Webseite der LINKEN werden die Grundlagen des neuen Design-Systems der LINKEN erklärt: Wie Logo und Farben, Bilder und Schrift zu einem starken, wiedererkennbaren Erscheinungsbild werden. Außerdem findet man dort Vorlagen für alle wichtigen Medien, viele Beiselanwendungen und Möglichkeiten, sich an der Weiterentwicklung des Desings der LINKEN zu beteiligen.



unser neues Logo



der kreisverband der linken auf dem weg zu den kommunalwahlen am 9. Juni 2024

rückblick auf die ergebnisse der kommunalwahlen 2019

Mit Ausnahme der Bundestagswahlen und der Wahlen der Bürgermeister gilt für die Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen der Fünf-Jahres-Rhythmus. Das heißt, im kommenden Jahr vollzieht sich das gleiche Prozedere wie zuvor in den Jahren 2014 und 2019. Das bedeutet im Klartext: Genau wie vor fünf und vor zehn Jahren finden im Juni die Europa-, Kreistags- und die Stadt- und Gemeinderatswahlen und im Spätsommer die Landtagswahlen statt.

In unserer Ausgabe vom Juni 2019 haben wir die Ergebnisse vor fünf Jahren im Landkreis Mittelsachsen analysiert und mit dem Attribut „ernüchternd“ versehen. Hier die wichtigsten Zahlen in Kürze:

- Zur **Europawahl** erreichte DIE LINKE 10,6 Prozent der Stimmen (im Jahr 2014 waren es noch 17,3 Prozent). Stärkste Kraft wurde die AfD mit 28,5 Prozent vor der CDU mit 26,7 Prozent der Stimmen. Alle anderen Parteien blieben einstellig.
- Zur **Kreistagswahl** erreichte DIE LINKE 11,0 Prozent der Stimmen (im Jahr 2014 waren es noch 16,3 Prozent). Stärkste Kraft wurde die CDU mit 27,8 Prozent vor der AfD mit 22,0 Prozent und den Freien Wählern mit 16,5 Prozent der Stimmen. In den 14 Kreistagswahlkreisen schwankte das Ergebnis der LINKEN zwischen 22,4 Prozent im Wahlkreis Mittelsachsen 14 mit Flöha, Augustusburg und Niederwiesa und 6,9 Prozent in den Wahlkreisen 11 um Frauenstein bzw. 13 um Oederan. Im Ergebnis wurden elf Genossinnen und Genossen der LINKEN in den Kreistag gewählt, in vier Wahlkreisen kam kein Bewerber der LINKEN in den Kreistag. Zum Vergleich: 2014 erreichten 16 Linke das Mandat für den Kreistag.
- Zu den **Gemeinde- und Ortschaftsratswahlen** in den 21 Städten und 32 Gemeinden Mittelsachsens (deren Zahl hat sich seit 2019 nur um eine Gemeinde reduziert) wurden in 28 Städten bzw. Gemeinden die CDU sowie in Freiberg und Großschirma die AfD. Die LINKE errang 74 Stadtrats-, Gemeinderats- und Ortschaftsrats-Mandate. Zum Vergleich: 2014 gab es 93 Mandate für DIE LINKE.

vorbereitung der kommunalwahlen 2024



MARVIN JAVANE

Am 6. April bestimmte der Kreisvorstand **MARVIN JAVANE** aus dem Team Tändler-Walenta zum ehrenamtlichen Wahlkampfleiter für die Wahlen im kommenden Jahr. Er trat in große Fußstapfen, hatte doch vor fünf Jahren **LARS KLEBA**, inzwischen Landesgeschäftsführer der sächsischen LINKEN, die Aufgabe des Wahlkampfmanagers im mittelsächsischen Kreisverband wahrgenommen.

Neben dem Blick auf die unbefriedigenden Ergebnisse der Wahlen im Jahr 2019 konnte der Kreisvorstand auch auf Erfolge der vergangenen Jahre zurückblicken, auf die sich aufbauen lässt. Genannt seien nur:

- Die Bestätigung von **VOLKER HOLUSCHA** im Amt des Oberbürgermeisters von Flöha mit 96 Prozent der Stimmen ohne Gegenkandidat.
- Die aktive Unterstützung der Wahl von **DIRK NEUBAUER** zum mittelsächsischen Landrat.
- Die aktive Unterstützung der Wahl von **CARSTEN GRAF** zum Bürgermeister von Leisnig mit 57,8 Prozent der Stimmen.

Am 6. Juni fand in Siebenlehn eine **Beratung** der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta und des Wahlkampfmanagers Marvin Javane **mit den Vorsitzenden der Ortsverbände** statt. Es schlossen sich **Regionalkonferenzen** am 19. Juni in Freiberg, am 20. Juni in Mittweida und am 21. Juni in Döbeln an (*die LinksWorte berichteten ausführlich*). Mit den Regionalkonferenzen wurden wichtige Weichen für Wahlen im Jahr 2024 gestellt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Suche nach Kandidat*innen mit Lust darauf, kommunalpolitische Verantwortung in den künftigen Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten zu übernehmen. Im Oktober fanden in Mittweida, Döbeln und Freiberg sogenannte **Airframe-Touren** im Rahmen der Kampagne „Umsteuern“ statt (mehr dazu im Titelthema -3- auf Seite -8-).



Mit der Beratung der Ortsvorsitzenden am 14. November in Freiberg wurde eine neue Etappe der Wahlvorbereitung eingeleitet. Eine weitere Airframe-Veranstaltung fand am 16. November in Leisnig statt.

<p>Ihre Zukunft für Döbeln</p> <p>DIE LINKE in Döbeln ist für Dich im Stadtrat aktiv.</p> <p>Einige unserer Initiativen für Döbeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Engagement für Bürger - Sozialberatungsangebote, im Bürgerbüro der LINKEN in Döbeln (1970 bei Anträgen, Klagenmeldungen, beim Verschleißerschein von „Behördenkontakt“) ■ Mobilität ermöglichen - Weiterentwicklung der Bahnstrecke Döbeln-Meißen ■ Initiativen für Frieden - Kundgebungen im Frühjahr 2022, um sich gegen infolge der Ukraine-Kriegsereignisse in Europa und weltweit zu positionieren <p>DIE LINKE.</p>	<p>Zukunft für Freiberg</p> <p>DIE LINKE Freiberg ist mit 14,7 % der Stimmen für Dich im Stadtrat aktiv.</p> <p>Unser politisches Wirken im Altkreis:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Initiativen für Frieden - Kundgebungen im Frühjahr 2022, um sich gegen kriegerische Auseinandersetzungen in Europa und weltweit zu positionieren ■ Engagement für Bürger - Unternehmensmitbestimmung, für die Durchsetzung einer Übergewinnsteuer von Altkreisfirmen, zur Entlastung all derer, die unter der Inflation leiden ■ Wirtschaftspolitik - Die Einführung einer Quellensteuer für Unternehmen, das heißt, Steuern werden in den Kommunen gezahlt, wo auch produziert wird. <p>DIE LINKE.</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Start einer Postkartenaktion in Döbeln und Freiberg. Sie wird in weiteren Städten fortgeführt. Auf der Rückseite der Postkarte können sich die Bürgerinnen und Bürger äußern, wie sie sich die Zukunft ihrer Heimatstadt vorstellen.

Der Grobfahrplan bis zu den Kommunalwahlen

- Ende Januar und Anfang Februar: erneute Regionalkonferenzen in Döbeln, Freiberg und Mittweida mit Debatte zum Kreiswahlprogramm.
- Kreisparteitag am 9. März mit Beschluss des Wahlprogramms.
- Angebot von Veranstaltungen unter dem Motto “Lust auf Stadtrat” und weitere Aktionen zur Gewinnung von Kandidaten.
- kreisweite Postkarten- und Flyeraktionen zum Thema “Kosten in den Kindertagesstätten
- Wahltag am 9. Juni

vom europaparteitag und vom landesparteitag der sächsischen linken

Im Mittelpunkt des **Europaparteitages** am 17. und 18. November stand die Aussprache und Beschlussfassung zum **Europawahlprogramm**, welches mit ein paar kleinen Schönheitskorrekturen von einer großen Mehrheit der Delegierten beschlossen wurde.

Weiterhin wurden Grundsatzbeschlüsse zu den folgenden Themen gefasst:

- **“Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten”** mit einem Aufruf zur Teilnahme an der bundesweiten Friedensdemo am 25. November und der Verurteilung Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine.
- **“Stoppt den Krieg – Waffenstillstand sofort! Geiseln freilassen! Antisemitismus und Rassismus ächten!”** mit dem Schwerpunkt Nahost-Konflikt
- **“Wir fordern von der Bundesregierung: Stoppt Erdogan – Schluss mit dem Bombenterror auf Rojava und Südkurdistan – Weg mit dem PKK-Verbot!”**
- **“Weg mit der Schuldenbremse! Die Superreichen müssen endlich gerecht an der Finanzierung von Gemeinwesen und Klimaschutz beteiligt werden”**
- **“Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der LINKEN”**

Lediglich beim Thema „Nahost-Konflikt“ kochte die Debatte hoch, es wurde aber mit dem genannten Beschluss ein Kompromiss gefunden, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der Redebedarf zwischen Israel- bzw. Palästina-solidarischen Anhängern allerdings bleibt bestehen.

Die **Vertreter*innenversammlung** am 18. und 19. November hatte einzig die Aufgabe, die Bundesliste zur Europawahl 2024 zu wählen. Dazu brachte der Bundesausschuss einen Personenvorschlag für die Listenplätze eins bis zehn ein. Außerdem gab es 14 weitere Bewerbungen. Der Vorschlag des Bundesausschusses wurde für das Spitzenteam auf den Listenplätzen eins bis vier (die für den Einzug in das Europaparlament mit hoher Wahrscheinlichkeit reichen werden) von der Versammlung bestätigt, entgegen dem Listenvorschlag setzten sich die in Werdau geborene Journalistin **INES SCHWERDTNER** und **MARTIN GÜNTHER** aus dem Landesverband Brandenburg auf den Listenplätzen fünf und sechs durch.



Als Spitzenteam (Listenplätze eins bis vier) wurden (von links) gewählt:

- Martin Schierdewan, Co-Vorsitzender der Linkspartei, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Carola Rackete, Kapitänin und Aktivistin
- Özlem Alev Demirel-Böhlke, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Gerhard Trabert, Arzt und Professor für Sozialmedizin und Sozialpsychiatrie, 1. Vorsitzender des Vereins Armut und Gesundheit in Deutschland

NACHDENKEN(S) - WERT(ES)

Wenn ein Freund weggeht, muss man die Tür schließen, sonst wird es kalt.

Bertolt Brecht

Viele Dinge zu wissen, bedeutet noch nicht, sie zu verstehen.

Heraklit



Im Mittelpunkt des Landesparteitags der sächsischen LINKEN standen die **Nominierung der Spitzenkandidaturen** für die Landtagswahl 2024 und die **Wahl eines neuen Landesvorstands**.

Weiterhin ging es um die Diskussion und Beschlussfassung zum **Rahmenwahlprogramm für die Kommunalwahlen** sowie die Diskussion und Beschlussfassung zum **Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Landtagswahlen** im kommenden Jahr.

Nach mehrjähriger Diskussion um ein neues Finanzkonzept für den Landesverband wurde entschieden, das bestehende Finanzkonzept beizubehalten und um einen Solidaritätsfonds der Kreisverbände zu ergänzen.



Ein ursprünglich vorgesehener Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidaturen für die Landtagswahl im kommenden Jahr konnte entfallen, da es nur zwei Bewerber*innen gab. Mit soliden Wahlergebnissen wurden **SUSANNE SCHAPER** (91,7 Prozent) und **STEFAN HARTMANN** (78,3 Prozent) von den Delegierten gewählt. Zu den ersten Gratulanten zählte Bodo Ramelow, der unter den Gästen des Parteitages war.



Die Delegierten der mittelsächsischen Linken auf dem Landesparteitag: Von rechts **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, **ANGELIKA SCHUBERT**, **MARVIN JAVANE**, **DIETER ERLER**, **LAURA KUNZE** und **TOBIAS KRAUSE**.

Am 27. September fand in der „Harth-Arena“ in Harth turnusmäßig die **21. Sitzung des Kreistages** statt. Nach den üblichen Informationen des Landrates stand die Vorbereitung der Neuwahl des Kreistages auf der Tagesordnung. Für unsere Partei wurden Dr. Albrecht Tolke und als sein Stellvertreter Dr. Reiner Sennewald in den Kreiswahlausschuss berufen.

Der Vorstand der **Kreissparkasse Döbeln** konnte wie gewohnt auch für das Geschäftsjahr 2022 über eine erfolgreiche Arbeit mit Gewinn berichten. Aber im Unterschied zu den Jahren vorher bisher hat der Verwaltungsrat, dem auch Kreisräte angehören, empfohlen, dieses Mal keine Gewinnausschüttung an den Landkreis als Träger empfohlen. Es wären zwar nur ca. 72.000 Euro gewesen, aber bekanntlich macht auch Kleinvieh Mist. Bemerkenswert war, dass die Stadt Döbeln die Filialen saniert und nicht wie andere Sparkassen geschlossen hat. In den nächsten TOPs ging es um deutliche Mehrausgaben im sozialen Bereich. Um die Zahlungsfähigkeit des Landkreises zu sichern wurde beschlossen, aus der Kreditemächtigung Darlehen in Höhe von 11 Mio. Euro aufzunehmen. Für den sozialen Bereich in Zuständigkeit der Abteilung Soziales wurden Mehrausgaben in Höhe reichlich 4,9 Mio Euro beschlossen. Mit jeweils über 1 Mio waren die Bereiche Grundsicherung im Alter und Eingliederungshilfe am höchsten beteiligt. Mit 46 Ja und 30 Nein Stimmen war die Zustimmung noch recht deutlich.

In der nächsten Vorlage war über **Mehrausgaben für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende** zu beschließen. Insgesamt ging es um 3,494 Mio Euro. Dabei waren die Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 2,9 Mio am höchsten beteiligt; während es für Bildung und Teilhabe nur 246.000 Euro mehr waren. Hier ging die Abstimmung schon eher knapp aus. 34 Ja – Stimmen standen 33 Nein – Stimmen gegenüber. Auch für die Sozialumlage an den Kommunalen Sozialverband Sachsen musste noch kräftig nachgelegt werden. Obwohl im Haushalt 2023 bereits 774,4 Mio. Euro, also über 77 Mio Euro mehr eingeplant waren, mussten jetzt rd. 813.600 Euro nachbeschlossen werden. Hier gab es keine Probleme bei der Zustimmung.

Zum Eklat kam es mit der nächsten Vorlage. Es ging um **Mehraufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** in Höhe von 3,483 Mio Euro. Dem Aufruf des Oberbürgermeisters von Freiberg und Kreisrat Sven Krüger, die Zustimmung zu verweigern, um ein Zeichen zu setzen, folgten fast alle Bürgermeister sowie die Fraktionen CDU/RBV und AfD! Ich kann mir nicht vorstellen, das sich Regierung oder Bundestag für „Zeichen“ aus Mittelsachsen interessiert. Um es richtig nachvollziehbar zu machen, wurde aus dieser Gruppe eine namentliche

Abstimmung gefordert. Das dafür notwendige Quorum wurde erreicht und namentlich abgestimmt. Mit 47 Nein – zu 20 Ja – Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen waren auch den Nein – Sägern bekannt. Da die abgelehnten Leistungen Pflichtaufgaben des Landkreises sind, musste der Landrat dem Beschluss widersprechen und einen Sonder-Kreistag dazu einberufen.

Die folgenden Vorlagen wie **Einrichtung eines Seniorenbeirates** und **„Mittelsachsen durch Nachhaltigkeit, Naturschutz und Energieunabhängigkeit zukunftssicherer machen“** wurden mit großen Mehrheiten beschlossen.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hat sich die Kriebsteiner Bürgermeisterin, Frau Euchler über ihren Meinung nach respektlosen Umgang im Kreistag beschwert. Höhepunkt ihrer Rede war ihre Meinung, dass der Landrat „Teil des Problems und nicht Teil der Lösung sei“. (nachzulesen in der „Freien Presse“ vom 30.09.23) Das dafür ins Feld geführte Beispiel war allerdings mehr als dürrtig. Ich erinnere mich aber daran, das Frau Euchler bei der Kampagne gegen die Unterbringung „unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber“ in Kriebsteln Teil des Problems war!

Am 25. Oktober fand dann die angekündigte **Sondersitzung des Kreistages** statt. Einziger Punkt auf der Tagesordnung war die am 27.09. abgelehnte Vorlage „Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“. Gleich zu Beginn der Sitzung hat sich der Vorsitzende der Fraktion CDU/RBV, J. Woidniok, daran gestört, dass ein Kamerateam des MDR im Saal war. Die dazu geführte Abstimmung ergab aber, dass gefilmt werden darf. Das war dann wahrscheinlich auch der Grund, warum diesmal keine namentliche Abstimmung verlangt wurde. Um die Zustimmung leichter zu machen, hat unsere Fraktion einen Ergänzungsantrag zum Beschluss vorgelegt, mit dem der Landrat aufgefordert wurde, gegenüber der Regierung nachdrücklich auf eine Kompensation des derzeit nicht gedeckten finanziellen Aufwandes für die genannten Aufgaben und Ausgaben hinzuwirken. Unsere Kreisrätin Jana Pinka hat dem Gremium das Anliegen des Antrages gründlich erläutert und dabei auch auf die Verfassung hingewiesen. Leider war die vorgefasste Meinung der Neinsäger nicht zu ändern und der Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Da es ansonsten keine wesentlichen neuen Argumente gab, wurde abgestimmt. Wie zu erwarten war, wurde die Vorlage des Landrates mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/RBV, der AfD und der „Freien Wähler“ wieder mehrheitlich abgelehnt. Am Ende wird es so werden, wie bereits in der „Freien Presse“ angekündigt, dass die Landesdirektion den Beschluss kassiert und der Landkreis zahlen muss. Hinzu kommen die Kosten der Sondersitzung, die sich auf ca. 10.000 Euro belaufen. (gj)

Liebe Leserinnen und Leser, ich versuche hier aus Sicht der Linksfraktion im Mittelsächsischen Kreistag zur letzten Ausgabe der LinksWorte in der derzeitigen Form zu schreiben. Laut dem digitalen Archiv ist es die 187. Ausgabe. Stimmt das eigentlich ist da einer der ersten Gedanken von mir gewesen. Begleitet mich die Zeitung nicht doch schon länger? Ja, im August 2007 kam die letzte Ausgabe der Freiburger LinksWorte heraus. Es gab 242 Ausgaben. Ab 1993 wurde diese Zeitung, vormals „Freiberger Blätt I“, auch in den Altkreisen Brand-Erbisdorf und Flöha verbreitet. Seitdem begleitet mich diese Zeitung. Das sind 30 Jahre Parteigeschichte auf Kreisebene. Aber ab wann berichtet die Kreistagsfraktion von ihrer Arbeit in den Linksworten? Den ersten Bericht fand ich in der 241 Ausgabe der Freiburger Linksworte von Jens Erberhard Jahn. Das war logischerweise noch die Kreistagsfraktion des Freiburger Kreistages. Im Onlinearchiv lässt sich leider nur bis zur 233 Ausgabe recherchieren. Ob irgendwo die Gesamtausgaben archiviert sind? Nach der Konstituierung der ersten mittelsächsischen Kreistagsfraktion begann in der Augustausgabe 2008 eine regelmäßige Berichterstattung über die ehrenamtliche Arbeit der Kreistagsmitglieder. Das war die 12. Ausgabe der mittelsächsischen Linksworte. Seitdem könnt ihr euch Monat für Monat über die aktuelle Politik auf Kreisebene informieren.

Im November 2009 wurde Sabine Lauterbach als Mitarbeiterin der Kreistagsfraktion Mitglied der Redaktion der Linksworte. Sie hat seit diesem Zeitpunkt regelmäßig direkt aus der Ratsarbeit auf Kreisebene informiert. Da die Ausgaben dieser Zeitung als Begleiter immer auch für einige Tage in meinem damals fünfköpfigen Haushalt auf dem Küchentisch lagen, hatte auch meine Frau sie oft gelesen. „Aber das stimmt doch gar nicht!“ war einer ihrer häufigsten Kommentare zu dem Bericht der Kreistagsfraktion. Wie kann das sein? Hatte Sabine etwas Falsches geschrieben? Nein sicher nicht! Meine Frau hat als Sicht einer Mitarbeiterin des Landratsamtes nur eine etwas andere Sichtweise auf die Probleme und Geschehnisse im Kreistag. An

einigen Stellen spielt da bestimmt auch ein fundierteres Fachwissen eine Rolle. Als Außenstehender fand ich die Berichte stets interessant und informativ.

Dies blieb bis zur Kommunalwahl 2014 so. In der Zeit von 2014 bis 2019 war ich selbst Mitglied der Kreistagsfraktion. In diesem Zeitraum habe ich genau diese Seiten in den „Linksworten“ stets großzügig überlesen. Den Satz „Aber das stimmt doch gar nicht!“ hörte ich weiterhin. Es ist halt eine individuelle Sichtweise, die in diesen Berichten zum Ausdruck kommt. Ganz sicher, wenn wir jedes Mitglied der Fraktion um einen Bericht zur gleichen Sitzung bitten würden, dann hätten wir mit Sicherheit mindestens so viele unterschiedliche Inhalte wie Mitglieder. Wahrscheinlich wären es noch einige verschiedene Inhalte mehr. Erleben ist stets subjektiv, auch wenn Journalisten gern von sich behaupten, sie betreiben eine objektive Berichterstattung, so bleibt doch immer eine subjektive Komponente.

Mit dem Ausscheiden von Sabine Lauterbach als Mitarbeiterin der Fraktion nach der Kommunalwahl 2019 hat der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt regelmäßig aus dem Kreistag berichtet. Den Satz „Aber das stimmt doch gar nicht!“ habe ich seitdem nicht mehr gehört. Das liegt vor allem daran, dass diese Zeitung eben nicht mehr auf dem gemeinsamen Küchentisch liegt, sondern nur noch auf meinem. Gern würde ich den Satz immer noch hören. Die Linksworte hätten dann einige Leser mehr.

Leider wird nun die monatliche Ausgabe eingestellt. Sicher findet die Kreistagsfraktion in der neuen Variante der Zeitung wieder einen Platz. Der Umfang der Informationen wird dann ein anderer sein. Über das „wie“, „wo“ und „was“ der regelmäßigen Berichte von der Arbeit der Fraktionsmitglieder muss sich die Fraktion noch einigen. Lasst uns versuchen, positiv in die Zukunft unserer Zeitung und unsere Partei zu schauen. Ich persönlich bin sehr gespannt auf die neue Variante und die weitere Entwicklung meiner Partei. (tk)

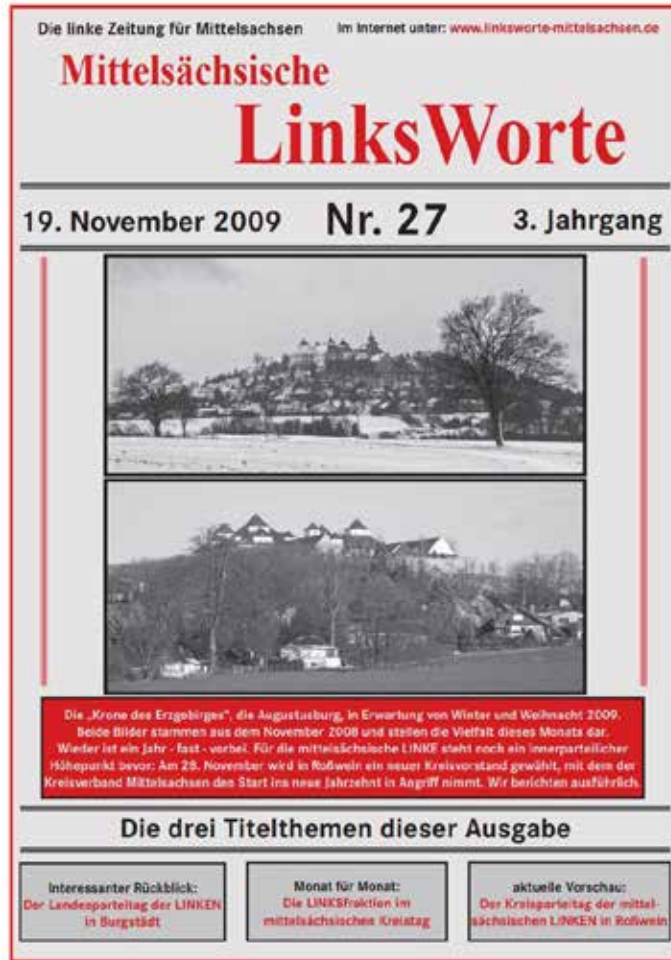
was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten und was die Schwerpunkte der damaligen politischen Arbeit waren. Die Serie schließen wir mit der heutigen letzten Ausgabe der „LinksWorte“ ab.

Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen.

Bereits im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei ehemaligen Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die ersten Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen im neuen Landkreis Mittelsachsen statt.

In unserem heutigen abschließenden Beitrag blicken wir auf die Ausgaben der „LinksWorte“ vom November und Dezember 2009 zurück. Die beiden Schwerpunkte am Ende des Jahres 2009 sind in der nebenstehenden Replik der Titelseite der Novemberausgabe dieses Jahres hervorgehoben: Erstens: am 7. und 8. November 2009 fand in Burgstädt ein Landesparteitag der sächsischen LINKEN unter dem Motto „Aufbruch in ein neues Jahrzehnt“ statt. Und zweitens: Am 28. November 2009 fand in Roßwein ein Kreisparteitag statt, der nach „zwei Jahren Kreisverband Mittelsachsen der LINKEN“ wichtige Weichen für eben dieses „neue Jahrzehnt“



stellen sollte. Rückblickend wurde in der November-Ausgabe Bilanz über die vergangenen zwei Jahre gezogen, wie wir es 14 Jahre später auch gemacht haben. Doch nun zum Roßweiner Parteitag, der übrigens noch auf Delegiertenbasis stattfand: Seine wichtigste Aufgabe bestand in der „Wahl eines neuen Parteivorstandes, mit dem die Jahre drei und vier des Kreisverbandes Mittelsachsen der LINKEN erfolgreich in Angriff genommen werden können“. Im Vorfeld hatte Achim Grunke, der langjährige Vorsitzende des Kreisverbandes Freiberg und danach

des mittelsächsischen Kreisverbandes erklärt, dass er für die anstehenden Wahlen weder als Vorsitzender, noch als Mitglied im neuen Kreisvorstand zur Verfügung steht. Im Ergebnis nahm ein vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden Michael Matthes initiiertes „Kandidatengremium“ das Zepter der inhaltlichen und personellen Vorbereitung des Roßweiner Kreisparteitages in die Hand. Dieses Gremium verabschiedete auf seiner letzten Beratung am 9. November 2009 eine „Information an die Genossinnen und Ge-

nossen des Kreisverbandes Mittelsachsen“, welches in den „LinksWorten“ im November 2009 dokumentiert wurde. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten, auf die man sich zunächst konzentrieren wollte, wurden auch die in Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden nominierten Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Kreisvorstand benannt. Zu den Ergebnissen des Roßweiner Kreisparteitages erschien in der Dezember-Ausgabe 2009 der „LinksWorte“ übrigens eine ausführliche Analyse aus der Feder von Regina und Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle.

Im Ergebnis der Landratswahlen 2009 traten für unseren Kreisverband erhebliche Verbesserungen für die Organisation der politischen Arbeit ein: Jörn Wunderlich richtete in Rochlitz ein neues Wahlkreisbüro ein, der Landtagsabgeordnete Falk Neubert zog nach Mittweida und brachte seine Wahlkreis-Mitarbeiterin und Büroleiterin Stefanie Götzte mit.

Am 9. Dezember 2009 fand die vierte planmäßige Sitzung des neuen mittelsächsischen Kreistages statt. Schwerpunkt war die Beratung des Kreishaushaltes für das Jahr 2010. Landrat Volker Uhlig konnte einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf präsentieren, der aber dennoch nur mit einer knappen Mehrheit angenommen wurde. Uhlig sprach aber auch von teils dramatischen Herausforderungen in den Folgejahren 2011 bis 2013. Obwohl seit der Bildung der neuen Landkreise von der Linksfraktion angemahnt, konnte von Seiten des Landratsamtes noch immer kein schlüssiges Konzept zur Kompensation der zu erwartenden Mehrausgaben u.a. durch eine steigende Kreisumlage und sinkende Schlüsselzuweisungen seitens des Landes vorgelegt werden.

Veränderungen vollzogen sich auch in der (damals noch 19-köpfigen) Kreistagsfraktion der LINKEN. Der inzwischen verstorbene Volkmar Richter nahm den Platz von Heiko Hilker ein, der seine Funktion als Kreisrat wegen Wohnortwechsel aufgeben musste. Hilker hatte auch nicht wieder für den sächsischen Landtag kandidiert. Außerdem nahm Sabine Lauterbach ihre Tätigkeit als Mitarbeiterin der Linksfraktion im Kreistag auf.



Unsere Bericht über den Kreisparteitag in Roßwein stellen wir unter das Motto: „Wird nach zwei Jahren holpriger Startphase jetzt endlich ein höherer Gang eingelegt“. Auf unserem Bild von rechts die beiden Landtagsabgeordneten **JANA PINKA** und **FALK NEUBERT**, **JANA RATHKE** aus Döbeln und der scheidende Kreisvorsitzende **ACHIM GRUNKE**. Zum neuen Kreisvorsitzende wurde **MICHAEL MATTHES** gewählt.

Auch eine Tradition der „LinksWorte“ vor 14 Jahren. Zwischen November 2008 und Juli 2010 stellten wir in 20 Folgen unsere monatlichen „mittelsächsischen Knüller“ vor und achteten dabei vor allem darauf, dass die drei Altkreise mit ihren Knüllern gleichberechtigt zu Wort kamen. Im November 2008 begann alles mit der Döbelner Pferdebahn, den Abschluss bildeten im Jahr 2010 drei Folgen über unsere Kreisstadt Freiberg, einst die größte Stadt in der Mark Meißen. Im November 2009 waren wir in der alten Bergstadt Brand zu Gast (Bild links), im Mittelpunkt des Knüllers im Dezember 2009 stand das vorweihnachtliche Brauchtum. (rechts die Pyramiden von Eppendorf und Waldheim).

die umverteilungskampagne 2023 der linken und ihre umsetzung in mittelsachsen

Am 21. März fasste der Parteivorstand den Beschluss zu einer Umverteilungskampagne unter dem Motto „Umsteuern - Holen wir uns den Reichtum zurück“. Ziel ist es, die Kampagne bundesweit zu führen und die Auseinandersetzung mit der Finanz- und Sozialpolitik der Ampel-Regierung deutlich zuzuspitzen. Die Kampagne soll auf regionaler und lokaler Ebene lebendig werden. Landes- und vor allem Kreisverbände sollen dazu motiviert und in der Lage sein, die zentralen Kampagnenmotive in lokale Konflikte und Aktivitäten zu übersetzen und vor Ort konkrete Forderungen aufzustellen und gewinnbare Ziele zu setzen. Wir gehen im folgenden auf die Schwerpunkte der Kampagne ein und berichten darüber, wie sie in unserem Kreisverband in den sogenannten Air-Frame-Touren umgesetzt wird.

Auf der Webseite der LINKEN sind die inhaltlichen Schwerpunkte der Umverteilungskampagne zusammengefasst. Wir dokumentieren sie im folgenden:



Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir nur, wenn wir den Reichtum gerecht verteilen.

Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 75 Milliarden Euro! Und die Konzerne sind in den Händen der Reichen. Kein

Wunder, dass die reichsten zehn Prozent zwei Drittel des Vermögens besitzen, die untere Hälfte aber nur rund ein Prozent. Allein die sechs reichsten Milliardär*innen in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 40 Prozent. Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst.

Holen wir uns das Geld zurück! Mit einer Vermögenssteuer, die pro Jahr 100 Milliarden Euro bringt - für Investitionen in Schulen, Schienen und Schwimmbäder. Dazu werden die Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr belastet. So hätten wir mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle.

Umsteuern für ein gutes Leben

Die zwei reichsten Familien in Deutschland haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Gleichzeitig fehlt vielen Familien das Geld für Urlaub, Freibad oder Eis. Niemand darf weniger als 1.200 Euro zum Leben haben. Das ist das Mindesteinkommen, das vor Armut schützt.

Umsteuern für bezahlbare Miete

Beinahe alle vermieteten Immobilien in Deutschland gehören dem reichsten Drittel der Bevölkerung. Und die Miete steigt und steigt und steigt. Was wir brauchen, sind Mietgeschosswohnungsbau und bezahlbarer Wohnraum.

Umsteuern damit der Bus kommt

Immer mehr Superreiche reisen im Privatjet um die Welt. Und hier fährt abends immer noch kein Bus. Wir wollen, dass der ÖPNV in naher Zukunft kostenfrei wird. Gleichzeitig wollen wir in den Ausbau von Bus und Bahn investieren.

Umsteuern für Klimaschutz

Im Jahr 2022 haben Energiekonzerne in Deutschland 113 Milliarden Euro an Extra-Profiten eingestrichen. Gleichzeitig fehlt das Geld für den klimaneutralen Umbau unserer Gesellschaft. Da ist es nur gerecht, wenn wir uns das Geld dafür von den Reichen und Konzernen holen. So können wir Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen beim Heizaustausch entlasten.

airframe-tour in mittelsachsen



Die Tour machte Station in Mittweida (oben), Döbeln (mitte) und in der Kreisstadt Freiberg (unten)

von **MARVIN JAVANE**

Gemeinsam mit Genoss:innen waren wir vom 17.10. - 19.10.2023 auf Airframe-tour in Mittelsachsen und dabei mit einem ca. 4x4 m, dreidimensionalem Banner, dem sogenannten Airframe-Würfel, in Mittweida, Döbeln und Freiberg auf den Marktplätzen präsent. An zwei von drei Tagen unterstützte uns die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete, Marika Tändler-Walenta. Spontan entschieden wir uns für ein Interviewformat am Infostand. Mit Boxen und Mikrofon wurde Marika von einem Genossen interviewt und konnte zu wichtigen Themen aus dem Kreis aber auch zu sachsenweiten Anliegen, unsere politischen Ansichten und Forderungen berichten. Besonders Elternbeiträge in Kitas und die zu Beginn des nächsten Jahres nochmal steigenden Gebühren für Mittagessen in Kitas, sind besonders zu erwähnen. Allgemein ging es darum, noch einmal auf das relevante Thema „Umsteuern“ der LINKEN aufmerksam zu machen und den Leuten ins Gedächtnis zu rufen, dass eine gerechte Umverteilung den Lebensalltag für alle erleichtern könnte. Die LINKE als selbstbenannte Kümmererpartei sieht es dabei als eigene Pflicht, diese Ziele alsbald umzusetzen. Das Gesprächsformat mit Boxen und Mikrofon kam gut an und es bot auch den Menschen mit etwas Berührungangst die Möglichkeit, sich mit den Inhalten des Kreisverbands aus einigen Metern Entfernung vertraut zu machen.

aktuelles aus dem team tändler-walenta



Geburtstagsparty im Sozialkaufhaus des Netzwerks Mittweida

Gemeinsam mit unserer Kreisvorsitzenden besuchte ich in Döbeln zum 30. Jubiläum das Netzwerk Mittweida. Dieses sozialwirtschaftliche Unternehmen hilft jährlich circa 6.000 Menschen in und aus der Region. Im Kaufhaus „Möbelwert“ erhalten Menschen, welche finanziell mit wenig und unterdurchschnittlichen Ressourcen auskommen müssen, die Möglichkeit, Kinderzimmereinrichtungen, Küchen, Betten oder Spielzeug zu erwerben. Die Möbel sind noch fast neuwertig oder werden vor Ort von Menschen aufgearbeitet. So wird die Umwelt entlastet und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bekommen eine Chance, geregelter Arbeit nachzugehen. (kv)



Europapolitik für Schüler*innen greifbar machen

In den vergangenen Wochen war Marika Tändler-Walenta in Dresden und Leipzig unterwegs, um bei Schulbesuchen und Schülerversammlungen die Europapolitik aus Sicht der LINKEN darzustellen. In der Semper Oberschule in Dresden war sie bei einer Unterrichtsstunde zu Gast und sprach mit den Schüle*innen unter anderem über das politische System in Deutschland sowie Strukturen der Europapolitik. Der Schwerpunkt lag dabei auf Qualität und Entwicklung der Demokratie. Hierbei konnte sie nicht nur das wichtige Thema der Demokratie und dessen Funktionsweise mit den Jugendlichen diskutieren, sondern auch deren Wissensstand auf die Probe stellen.



Parteiuell zu aktuellen Themen der Europapolitik

Bei einem Parteiuell in Schkeuditz, welches für Schüler*innen zur Information über die verschiedenen politischen Parteien und deren Standpunkte zu aktuellen Themen organisiert wurde, war Marika Tändler-Walenta selbst auf den Prüfstand gestellt. Im Planetarium in Leipzig trat sie dabei gegen FDP-Landesvorsitzende und Bürgermeisterin von Lommatzsch Anita Maaß an, wobei beide Politikerinnen zu verschiedensten Themen der Europapolitik befragt wurden, wie beispielsweise Verkehrs- oder Umweltproblematiken, und innerhalb kürzester Zeit mit ihren Antworten zu überzeugen versuchten. Anschließend konnten die Schüler*innen mit ihren Fragen direkt auf die Politiker*innen zugehen.



Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta hat ihre angekündigten Tour durch die Ortsverbände gestartet. In den vergangenen Wochen war sie in Brand-Erbisdorf, Freiberg, Frankenberg, Döbeln und Waldheim zu Gast. Unsere beiden Bilder wurden während ihrer Teilnahme an der Mitgliederversammlung des Ortsverbände Brand-Erbisdorf aufgenommen. Nach ihren einleitenden Ausführungen zur internationalen Lage und der Krise bei der LINKEN schloss sich eine lebhaftige Debatte an. Auf dem linken Bild dankt Thomas Kempe, Vorsitzender des Ortsverbandes, für die aktive Teilnahme an der Beratung.

die „zeitenwende“ und ihre deutungen

von ACHIM GRUNKE

Mit dem 89. Beitrag aus der Feder von **ACHIM GRUNKE**, Mitglied unserer Redaktion von der ersten Stunde an, müssen wir mit der Einstellung der LinksWorte leider auch unsere Serie zur politischen Bildung und Information abschließen. Alles begann in der August-Ausgabe 2015 mit einem Beitrag über Eduard Bernstein. Für viele unsere Leserinnen und Leser brachten die Beiträge der längsten Serie in den LinksWorten interessante Informationen und Anregungen. Dank dafür, lieber Achim!

Wenige Tage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, am 27. Februar 2022, hielt Bundeskanzler Olaf Scholz eine Regierungserklärung vor dem

Deutschen Bundestag, die als „Zeitenwende“-Rede bekannt wurde. Er erklärte, dass der 24. Februar eine Zeitenwende in der Geschichte des europäischen Kontinents markiert habe. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg sei durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. Die Welt werde nun nicht mehr dieselbe wie die Welt davor sein. Daraus wurde auch eine militärpolitische Zeitenwende für Deutschland abgeleitet, mit dem Ziel, die Bundeswehr wieder kriegstüchtig zu machen. So wurde im Bundeshaushalt 2022 einmalig ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro bereitgestellt. Und von nun an werden Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in das Militär investiert. Für die nukleare Teilhabe Deutschlands soll für die veralteten Tornado-Jets rechtzeitig ein moderner Ersatz mit dem Kampfflugzeug F 35 beschafft werden.

Verteidigungsminister Pistorius sorgte kürzlich für Aufregung, als er im Sinne „Zeitenwende-Rede“ von Olaf Scholz davon sprach, dass Deutschland wieder kriegstüchtig werden müsse und dazu eine Mentalitätswechsel in der Gesellschaft nötig sei. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023, die am 9. November 2023 von Boris Pistorius und dem Generalsinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer vorgestellt wurden, ist dort weiter ausgeführt: „Hierfür müssen wir wehrhaft und resilient sein. Unsere Wehrhaftigkeit ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weil Bedrohungen mit allen Instrumenten der Integrierten Sicherheit begegnet werden muss. Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein. Das bedeutet, dass ihr Personal und ihre Ausstattung auf die Wahrnehmung ihrer fordernden Aufträge ausgerichtet sind. Maßstab hierfür ist jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht.“

(www.bmvg.de/de/aktuelles/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-veroeffentlicht-5701338)

Ist es aber angemessen und nicht zu hochgestochen, den Wandel in der deutschen Militärpolitik als Zeitenwende zu beschreiben, denn Zeitenwende bezeichnet ja allgemein den Beginn eines neuen Zeitalters in globaler oder welthistorischer Dimension. Und das wären etwa

- **erstens** die notwendige Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft ohne den weiteren Verbrauch von fossilen Brennstoffen, um ein Klimakatastrophe für die Menschheit zu verhindern

- **zweitens** die geopolitische Epochenwende von der unipolaren Welt unter Vorherrschaft der USA hin zu einer multipolaren Welt, in der es nicht mehr nur ein Machtzentrum geben wird, sondern davon auszugehen ist, „dass China, Russland, Indien, die USA und die Europäische Union die Weltordnungsmächte des 21. Jahrhunderts sein werden.“

(Herfried Münkler: Die Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Rowohlt Berlin 2023, S. 406)



Klimawandel und Transformation

Zunächst geht es ja darum, die Folgen des bereits einsetzenden Klimawandels zu bewältigen. Nach Aussagen der Bundesregierung sind zwischen 2000 und 2021 durch die Folgen des Klimawandels bereits mindestens 145 Milliarden Euro Schäden entstanden. Je nachdem, wie der Klimawandel fortschreitet, liegen die zukünftigen Kosten bis 2050 zwischen 280 und 900 Milliarden Euro. Nicht mit eingerechnet sind zahlreiche gesundheitliche Beeinträchtigungen, Todesfälle durch Hitze und Überflutungen, die Belastung von Ökosystemen, der Verlust von Artenvielfalt und eine schlechtere Lebensqualität. (www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-klimawandel)

Hinzu kommen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie Modernisierung von Gebäuden, Förderung von Stadtbegrünung, Hochwasserschutz u.a.m., wo für Deutschland laut der Denkfabrik Agora Energiewende allein Bund, Länder und Kommunen 260 Milliarden Euro investieren müssten. Außerdem kämen noch 200 Milliarden Euro dazu, um Anreize zu setzen, damit private Investoren ihr Geld in Klimaschutz und Anpassung stecken.

„Der Schutz vor den dramatischen Folgen des Klimawandels liegt aber eindeutig in unserer Hand, und dafür brauchen wir immer mehr Geld... Es geht also hier um politische Prioritäten... Ist angesichts dieser Notwendigkeiten das Zwei-Prozent-Ziel für die Nato noch sinnvoll? (Klaus von Dohnanyi: Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, Siedler Verlag München 2022, S. 208)

Im weiteren geht es aber um Zukunftsaufgaben zur Transformation der Gesellschaft und Wirtschaft, um der weiteren Erderwärmung etwas entgegenzusetzen. Dazu liegt u.a. eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Zeitenwende. Wie wir unsere Wirtschaft und das Klima retten“ vor.

In der Studie werden Grundzüge einer modernen Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickelt, welche die Sorgen der Menschen ernst nehmen möchte und gleichzeitig eine positive Zukunftsvision bietet. Der moderne Ansatz basiert auf einer Theorie der Wirtschaft im Transformationsprozess, in der Unsicherheit, Anpassungskosten und Marktmacht eine zentrale Rolle spielen. Dieser Ansatz sieht den Staat als Ausdruck einer gesellschaftlichen Solidarität zur Unterstützung der Menschen und Unternehmen im Transformationsprozess. Aus dieser Perspektive ergibt sich die Notwendigkeit einer modernen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die fünf Elemente enthält: Erstens erzeugt der Staat mit öffentlichen Klimainvestitionen einen starken Wachstumsimpuls in der Transformation und schafft mit öffentlichen Sozialinvestitionen inklusives Wachstum. Zweitens gibt der Staat die Richtung der technologischen Transformation vor und gestaltet aktiv die Märkte. Drittens werden öffentliche Investitionen durch einen makroökonomisch sinnvollen Mix aus Kreditaufnahme und Kapitalbesteuerung finanziert. Viertens reduziert der Staat mit Preisbremsen und ähnlichen Maßnahmen die krisenbedingten Unsicherheiten. Fünftens schützt der Staat die Menschen mit dem Mindestlohn und anderen Regulierungen vor dem Missbrauch von Marktmacht.

Eine geopolitische Zeitenwende

Nach Auffassung des indischen Schriftstellers und Essayisten Pankaj Mishra (ZDF vom 26. März 2023) wandle sich die vom Westen dominierte Weltordnung zu einer multipolaren Welt. Das zeige sich am Verhalten Chinas, Indiens und anderen gegenüber Russlands Krieg in der Ukraine. Das aktuelle Jahrzehnt sei geprägt von wirtschaftlichen und geostrategischen Machtverschiebungen. Mit China und Indien entstanden neue Machtzentren. Aus dem Dualismus zwischen West und Ost sei eine deutlich komplexere, multipolare Weltordnung geworden. Der globale Süden verweigere Europa und den USA immer häufiger die Gefolgschaft. Während sich viele im vorwiegend demokratischen Westen weiter für den Nabel der Welt halten, entfalten vor allem die Staaten Asiens ein neues Selbstbewusstsein. Diese Veränderungen, so Mishra, seien aber im Bewusstsein des Westens noch nicht angekommen. In Europa halte man immer noch schlafwandlerisch am Vasallentum mit den USA fest, anstatt dem globalen Süden auf Augenhöhe zu begegnen.

Im Wahlprogramm der Linken zur Europawahl 2024 heißt es dazu:

„Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen Stellvertreterkonflikten.“

kreisvorstand aktuell

Am 15. November fanden in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg Beratungen des Kreisvorstands und des kreislichen Wahlstabs statt. Wir informieren über die wichtigsten Ergebnisse der beiden Beratungen:

Zur Beratung des Kreisvorstands:

■ Auswertung des Landesparteitages in Chemnitz und Blick auf den bevorstehenden Bundesparteitag in Augsburg. Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta zog eine optimistische Bilanz des Landesparteitags. Die Abspaltung der Wagenknecht-Gruppe habe keine negativen Auswirkungen gehabt. Befürchtungen äußerte sie aber, dass der Bundesparteitag negativ beeinflusst werden könnte.

■ Auswertung der Beratung mit den Ortsvorsitzenden am Vortag in Freiberg. Verwiesen wurde dabei u.a. auf die sehr differenzierte Lage bei der Gewinnung von Kandidat*innen für die Kommunalwahlen in den Ortsverbänden.

■ Auswertung der Beratung des kreislichen Wahlstabs am gleichen Tag (siehe dazu die untenstehenden Informationen) und Bestätigung der Vorschläge des ehrenamtlichen kreislichen Wahlkampfleiters Marvin Javane.

■ Vorlage des Finanzplans für das Jahr 2024 durch den Kreisschatzmeister. Die Finanzlage des Kreisverbands ist stabil. Im Jahr 2023 konnten weitere Rücklagen gebildet werden. Die seit 2019 im Kreisverband und der Kreistagsfraktion gebildeten Rücklagen stehen für das Superwahljahr 2024 (Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen) und die Bundestagswahlen im darauf folgenden Jahr dem Kreisverband, der Kreistagsfraktion und den Ortsverbänden zur Verfügung

Zur Beratung des kreislichen Wahlstabs:

■ Vorlage eines aktualisierten Zeitplans zur Vorbereitung der Kommunalwahlen durch Marvin Javane. Es wurde vorgeschlagen, Ende Januar/Anfang Februar 2024 eine weitere Runde der bewährten Regionalkonferenzen durchzuführen. Wichtiger Orientierungspunkt in Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen ist der Kreisparteitag am 9. März 2024.

■ Beratung des 1. Entwurfs des Kreiswahlprogramms, welches auf den genannten Regionalkonferenzen Anfang 2024 weiter beraten und vom Kreisparteitag am 9. März beschlossen werden soll. Der Entwurf geht nach der Überarbeitung im Ergebnis der Debatte im Wahlstab an die Mitglieder des Kreisvorstands, die Kreisräte der Linksfraktion und die Ortsvorsitzenden mit der Bitte, den Entwurf des Kreiswahlprogramms kritisch zu überprüfen und konkrete Vorschläge für Änderungen und Ergänzungen zu machen.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im November bzw. Dezember 2023 wurde bzw. wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

PINKA, JANA	geb. am 03.11. 1963,	in	Freiberg
HEIDRICH, KERSTIN	geb. am 05.11. 1963,	in	Geringswalde
TEICHMANN, JUTTA	geb. am 06.11. 1931,	in	Burgstädt
SCHULZE, MAGDALENA	geb. am 12.11. 1928,	in	Hainichen
KÖHN, ERHARD	geb. am 13.11. 1936,	in	Zettlitz
SPINDLER, JOHANNA	geb. am 14.11. 1943,	in	Frankenberg/Sa.
KLUSKA, SONJA	geb. am 18.11. 1928,	in	Waldheim
RENNAU, MONIKA	geb. am 24.11. 1942,	in	Frankenberg/Sa.
SCHUBERT, ANGELIKA	geb. am 24.11. 1948,	in	Großhartmannsdorf
DIETEL, GERTRAUD	geb. am 25.11. 1935,	in	Ostrau
FRITZSCHE, RUTH	geb. am 01.12. 1926,	in	Freiberg
GÜNTHER, UTE	geb. am 02.12. 1940,	in	Lichtenau
BIRNDT, RUTH	geb. am 02.12. 1931,	in	Freiberg
VOGEL, DIETMAR	geb. am 05.12. 1958,	in	Hartmannsdorf
BERTRAM, GUNTER	geb. am 06.12. 1941,	in	Brand-Erbisdorf
STARKE, CHRISTFRIED	geb. am 12.12. 1940,	in	Mittweida
HOFFMANN, WERNER	geb. am 17.12. 1936,	in	Burgstädt
FELL, ERIKA	geb. am 22.12. 1941,	in	Rochlitz
ZIMMERMANN, HEINZ-DIETRICH	geb. am 25.12. 1948,	in	Niederwiesa
FICHTNER, LOTHAR	geb. am 26.12. 1934,	in	Mühlau
DEIERLEIN, ALFRED	geb. am 29.12. 1931,	in	Flöha

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtsliste unserer Senior*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im november und dezember 2023

November 2023:

- 07.11. 1823:** Rafael de Riego, Anführer der spanischen Revolution von 1820, wird in Madrid hingerichtet.
- 12.11. 1923:** Austritt der kommunistischen Minister aus der Landesregierung Thüringen.
- 28.11. 1943:** Konferenz von Teheran. Die Hauptmächte der Antihitlerkoalition beraten bis 1. Dezember über die Koordinierung der Kriegsführung und die Zusammenarbeit nach dem Krieg und beschließen die Westverschiebung Polens.
- 12.11. 1948:** Am Generalstreik in der amerikanischen und britischen Zone beteiligen sich neun Millionen Arbeiter und Angestellte.
- 09.11. 1953:** Kambodscha wird die Unabhängigkeit gewährt.
- 22.11.1963:** John F. Kennedy, Präsident der USA, ermordet.

- 22.11. 1983:** Der Deutsche Bundestag billigt mit 286:226 Stimmen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen. Die Sowjetunion bricht daraufhin die Genfer Abrüstungsverhandlungen ab.
- 27.11. 1983:** In München wird die Partei „Die Republikaner“ gegründet. Sie gilt als Abspaltung von der CSU und bezeichnet sich als „rechts von der Mitte“ und „patriotisch“.
- 01.11. 1993:** Auf der Grundlage des Maastriecher Vertrages vom 07.02. 1992 wird aus der bisherigen Europäischen Gemeinschaft (EG) die Europäische Union (EU).
- 03.11. 2008:** In Hessen scheidet der Versuch, eine von der LINKEN tolerierte SPD-Regierung zu bilden.
- 04.11. 2008:** Barack Obama wird als erster Afroamerikaner Präsident der USA.

Fortsetzung auf Seite -12-

terminübersicht

November 2023:

- 03. bis 05. 11. Landesparteitag
Chemnitz, Carlowitz-Congresscenter
- 14. 11. 18:00 Uhr Beratung mit den Ortsvorsitzenden
Sozialverband Sachsen VdK
Freiberg, Schillerstraße 3
- 15. 11. 16:00 Uhr Sitzung des kreislichen Wahlstabs
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34
- 15. 11. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstands
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34
- 17. bis 19. 11. 2. Tagung des 8. Parteitages (Europaparteitag) und der Vertreter*innen-Versammlung
Am Messezentrum Augsburg
- 23. 11. 18:00 Uhr Podiumsdiskussion „Altern in Würde - raus aus der Armutsfalle Pflege“
Bürgerhaus Rochlitz, Leipziger Str. 15

Dezember 2023:

- 13. 12. 14.30 Uhr Besuch des sächsischen Landtages

historische daten und jahrestage im november und dezember 2023

Fortsetzung von Seite -11-

21.11. 2013: In der Ukraine beginnen Proteste, die als Euromaidan bezeichnet werden. Auslöser ist die Nichtunterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU

Dezember 2023

10.12. 1923: Gründung der Weltliga gegen den Faschismus (Anitfaschistische Weltliga) in Berlin. Sie stellt im März 1924 ihre Tätigkeit ein.

11./12.12. 1948: Gründungsparteitag der FDP in Heppenheim (Hessen). Sie vereint 13 liberale Landesverbände der drei westlichen Besatzungszonen. Erster Vorsitzender ist Theodor Heuss.

14.12. 1963: Erich Ollenhauer (Vorsitzender der SPD) verstorben.

17.12. 1963: Erstes Passierscheinabkommen zwischen der DDR und dem Senat von Berlin.

01.12. 1973: David Ben-Gurion (erster Premierminister Israels) gestorben.

09.12. 1983: In der kalifornischen Mojave-Wüste landet nach zehntägigem Flug die Raumfähre Columbia. An der Mission nahm der Physiker Ulf Merbold teil. Er ist damit der zweite Deutsche im All.

10.12. 1983: In Stockholm nimmt die Ehefrau von Lech Wałęsa den Friedensnobelpreis für ihren Mann entgegen.

15.12. 1998: Unterzeichnung des GATT-Abkommens über die Liberalisierung des Welthandels.

05.12. 2013: Nelson Mandela (Präsident Südafrikas) verstorben.

Der Ortsverband Rochlitz-Geringswalde trauert um Genossin

GISELA EXNER

ein „Urgestein der LINKEN“. So wird sie in einem redaktionellen Artikel von Alexander Christoph in der Rochlitzer Ausgabe der „Freien Presse“ vom 10. November hervorgehoben. Vor und nach der politischen Wende engagierte sich Gisela Exner viele Jahre im Stadtrat von Rochlitz. Im Jahr 2014, in den letzten Monaten ihres Engagements als Stadträtin, setzte sie sich - leider erfolglos - kämpferisch für den Erhalt der Rochlitzer Klinik ein. Sie war Mitinitiatorin einer Unterschriftenaktion und überreichte das Papier Ende des Jahres 2014 an den Landtagspräsidenten Matthias Rößler. An der Seite ihres vor drei Jahren verstorbenen Ehemannes Walter Exner - er war von 2001 bis 2015 Vorsitzender des Rochlitzer Ortsverbandes der LINKEN - prägte sie das Bild der PDS und später der LINKEN in Rochlitz entscheidend mit. (hw)

Gisela Exner ist tot: Urgestein der Linken geht

Sei noch über Jahrzehnte in der linken Politik, Nachwuchsarbeit war ihr wichtig. Doch nach der Klinik der Rochlitz kämpfte die frühere Stadträtin und Hauswirtschaftsleiterin.

Das letzte ob. Walter Exner hat



Gisela Exner schenke in Rochlitz. Sie engagierte sich über Jahrzehnte für soziale Bereiche, immer bereit für die Politik, um gegen sie, um die Arbeit, um die Familienmitglieder am Herzen.

Exner engagierte sich schon im PDS, die Vorgängerpartei der Linken, unter der Frau Exner



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

heute erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser Genosse und Freund

FRANK RICHTER

verstorben ist. Diese Nachricht bestürzt uns sehr. Wir verlieren mit Frank einen Humanisten, klugen und warmherzigen Menschen sowie engagierten Genossen. Franks langjähriges politisches Engagement im Stadtrat Frankenberg war immer von Konstruktivität und Klarheit geprägt. Das nahm auch die Frankenberger Bevölkerung wahr und spiegelte sich in den sehr

guten Ergebnissen für Frank zu den Kommunalwahlen wider. Frank erwarb sich durch seine sachliche und freundliche Art Anerkennung bei vielen, auch politisch anders denkenden Menschen. Uns wird ein kluger Mitstreiter und Ratgeber nun schmerzlich fehlen. Aber Frank ist ein Vorbild und hinterlässt uns viele schöne Erinnerungen an gemeinsam Erlebtes und an die Zeit, die wir zusammen für eine soziale und friedliche Gesellschaft gestritten haben. Das soll Ansporn sein und uns auch weiterhin Kraft geben. Wir werden das Andenken an Frank bewahren. Wir denken an seine Frau Heidi und seine Familie in diesen schweren Stunden.

Frankenberg/Sa. am 21. November 2023

TOBIAS KRAUSE

Vorsitzender des Ortsverbandes Frankenberg-Hainichen

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen:

FRANK FRITZSCHE

PENIG

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.